Presse – Ausschnitt FLZ - Ansbach vom 16.03.2019

Ortsumgehung von Burgoberbach ist zurück auf dem Tapet

Bürgerinformation des Staatlichen Bauamtes über den Ausbau der B 13 – Umfahrung soll im Osten der Gemeinde verlaufen

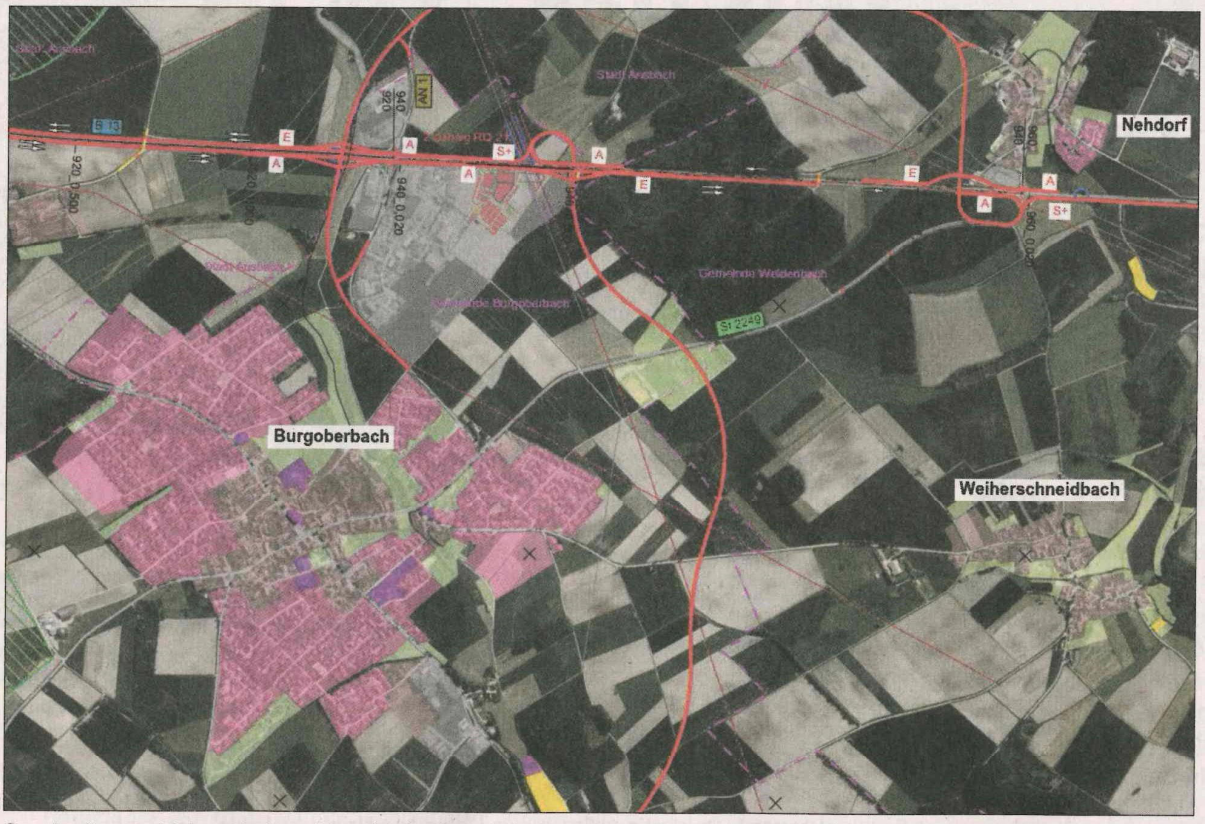
BURGOBERBACH (af) – Die herbeigesehnte Umgehungsstraße von Burgoberbach soll nun doch Wirklichkeit werden. Möglich wäre, die Trasse östlich des Ortes vorbeizuführen. Bei einer Infoveranstaltung in der Turnhalle der Burgoberbacher Grundschule informierte das Staatliche Bauamt über den geplanten Ausbau der B 13 und streifte dabei auch dieses Thema.

Die Erweiterungen des Burgoberbacher Gewerbegebiets sowie die massive Forderung nach einer Ortsumgehung habe seine Mitarbeiter und ihn bewogen, „einiges Hirnschmalz“ in die Pläne zum Ausbau der B 13 zu stecken, so formulierte es Amtsleiter Heinrich Schmidt. Man habe kein fertiges Konzept, sondern einen Baukasten mitgebracht und sei offen für Anregungen.

Unfallschwerpunkte sollen entschärft werden

Abteilungsleiter Werner Ott stellte das bisherige Ausbaukonzept vor. Dieses hatte das Staatliche Bauamt bereits im Mai 2018 vor Mandatsträgern in Burgoberbach (die FLZ berichtete ausführlich) und im Ansbacher Stadtrat präsentiert. Mit dem Ausbau der B 13 sei in den 1970er Jahren begonnen worden, erinnerte Ott. „Die Verkehrsentwicklung deckt sich nicht mehr mit dem Ausbaustandard.“ Durch die Erweiterung zwischen Ansbach und Gunzenhausen, die bis Ingolstadt fortgeführt wird, hofft man, den Verkehr zu entzerren und die Unfallschwerpunkte zu entschärfen.

Das Hauptinteresse der Anwesenden richtete sich auf die Umgehung, die östlich von Burgoberbach, zwischen dem Hauptort und Weiherschneidbach, verlaufen könnte. Damit würde erreicht, hieß es von Be-



So wie die rote Linie zwischen Burgoberbach und Weiherschneidbach könnte die Ortsumgehungsstraße verlaufen. Wo sie im Süden wieder in die Staatsstraße münden soll, ist bisher unklar. Grafik: Staatliches Bauamt

hördenseite, dass in Burgoberbach und Claffheim täglich rund 5000 Fahrzeuge weniger verkehren. In der Präsentation ist die Trasse da eingezeichnet, wo sie früher im Flächennutzungsplan verlief. Etwa 400 bis 500 Meter würde die Straße auf Weidenbacher Gebiet verlaufen. Es gebe aber Signale von Weidenbacher Seite, dass man sich einig werden könnte, so Burgoberbachs Bürgermeister Gerhard Rammler gegenüber der FLZ. Der Anschluss an die Bundesstraße im Norden würde zwischen dem Autohaus Feser-Breitschwert und dem Wald erfolgen. Dort befindet sich ein Acker, der zeitweise als Gewerbefläche gewidmet war. Man sei davon zurückgetreten, um eine Zufahrt zu ermöglichen, erklärte Rammler.

Einmündung im Bereich Kläranlage möglich

Wie genau der Anschluss erfolgt – über einen Kreisverkehr, eine Ampelanlage oder einen höhenfreien Übergang – steht noch zur Diskussion. Letzteres lehnt Rammler ab. „Dafür wären erhebliche Auffüllungen nötig.“ Keine finale Antwort hatten die Planer auf die Frage, wo die Umgehung im Süden in die Staatsstraße einmünden soll. Möglich wäre im Bereich der Kläranlage.

Ein Bürger wollte wissen, warum man die Ortsumgehung nicht über die Anbindung des Gewerbegebiets führen könne. „Ich glaub', das ist niemandem zuzumuten, der da wohnt“, antwortete Heinrich Schmidt. Rammler ergänzte, dass

dort das Wohngebiet „Kappelbuck“ entstehe. „Da geht keine Straße mehr durch.“ Ob eine Anbindung vom Ortsteil Sommersdorf her erfolgen könnte, beschäftigte einen weiteren Bürger. Der Bauamtsleiter teilte mit, dass es momentan keinen Handlungsbedarf gebe. „Ich habe dafür keinen Planungsauftrag.“ Gerhard Rammler wies außerdem darauf hin, dass es nicht möglich sei, „so viele hundert Meter auf fremdem Gemeindegebiet“ zu bauen.

Schließung der Kreuzung wird abgelehnt

Geäußert wurde die Sorge, dass die Kreuzung beim Gewerbegebiet geschlossen werden könnte. Dies würde Umsatzeinbußen für die dort ansässigen Versorger bedeuten. Das Staatliche Bauamt hatte mehrfach die Idee geäußert, diese Kreuzung zu verlegen. Damit aber sind die Ortsansässigen nicht einverstanden: „Wir haben lange dafür gekämpft, dass Burgoberbach eine ordentliche Nahversorgung bekommt.“

Gerhard Rammler machte einen recht zufriedenen Eindruck. Das Thema Umgehungsstraße habe einen neuen Stellenwert bekommen. In der Vergangenheit hatte es der Bürgermeister abgelehnt, die Umgehung in Sonderbaulast zu errichten. „Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, Staatsstraßen zu bauen“, betonte er auch an diesem Abend. Wenn das Projekt in den kommenden beiden Jahren in die Dringlichkeitsstufe eins rutsche, sagte er der FLZ, dann würde die Gemeinde aber mit einsteigen. Man sei bereit, einen Planer zu beauftragen und zu finanzieren, um das Ganze zu beschleunigen.

Das Ausbaukonzept kann auf der Internetseite des Staatlichen Bauamtes www.stbaan.bayern.de eingesehen werden.